

Bern | Die Schweizer Dienste während der Kuba-Krise

Dokumente belegen Einsatz

Das Schutzmandat der Schweiz in Havanna geht zu Ende. Ein nun veröffentlichtes Dossier diplomatischer Dokumente belegt, in welcher Form die Schweizer Dienste in heiklen Momenten wie der Kuba-Krise in Anspruch genommen wurden.

In der Zeit zwischen dem 14. und 28. Oktober 1962 hatte die Welt einen atomaren Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion befürchtet. Grund waren auf Kuba neu stationierte Mittelstreckenraketen. In der heissen Phase dieses Konflikts hatte sich US-Aussenminister Dean Rusk am 23. Oktober mit einem Telegramm an den Schweizer Botschafter in Washington, August Lindt, gewandt. Rusk erkundigte sich, ob die Schweiz nicht «aus eigener Initiative» die Absichten des kubanischen Führers Fidel Castro sondieren könnte.

Schliesslich zog es die Schweiz dann aber vor abzuwarten, dass Castro sich äussere. Und wenige Tage später lenkte Moskau nach einem Ultimatum der US-Regierung von John F. Kennedy ein und zog seine Raketen ab.

«Voll zufrieden»

Die USA hatten die Schweiz 1961 angefragt, ihre Interessen auf Kuba zu vertreten. Kein anderes Land konnte nach Meinung Washingtons ein solches Mandat wahrnehmen. Dies geht aus einem Dokument hervor, das an Bundesrat Friedrich Wahlen, Chef der Diplomatie, gerichtet war: «Die Schweiz sei das einzige Land, mit dem auf alle Fälle Amerika, wahrscheinlich aber auch die Sowjetunion, voll zufrieden sei». Dies rapportierte Botschafter Lindt am 7. März 1962 nach einem Essen mit dem Kennedy-Berater McGeorge Bundy an seinen Chef in Bern. Lindt schloss sein Schreiben mit der Bemerkung Bun-

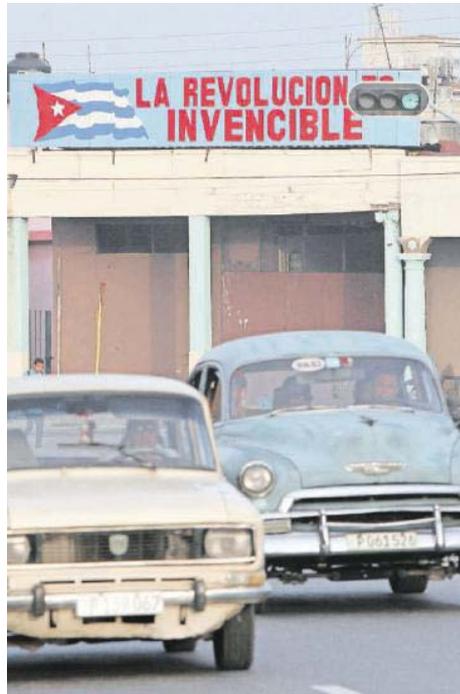
dys: «Wenn die neutrale Schweiz nicht existieren würde, müssten wir sie erfinden.» Fortan waren Schweizer Diplomaten auch in anderen heiklen Situationen als Vermittler im Einsatz, so etwa Anfang der 70er-Jahre bei der Einrichtung einer Luftbrücke zwischen Kuba und Miami, damit Kubaner legal ausreisen konnten, oder für die Unterzeichnung eines Abkommens gegen Flugzeugentführungen.

Bedrohliche Kundgebungen

Das Schutzmandat hatte auch andere schwierige Momente für die Diplomaten parat: Sie fühlten sich im Frühjahr 1970 von «immer umfangreicher und heftiger» werdenden Kundgebungen vor der ehemaligen US-Botschaft in Havanna bedroht, wie einem Schreiben der Schweizer Botschaft in Washington vom 15. Mai zu entnehmen ist.

Das auf dem Botschaftsareal abgestellte Privatauto eines Schweizer Diplomaten wurde von Demonstranten mit Farbkübeln und Tinte verschmiert. Der Schweizer Botschafter und seine Mitarbeiter seien «angepöbelt und beleidigt» worden. Erst mehrere Interventionen auf höherer Ebene konnten die Situation dann entschärfen. In der über 50-jährigen Geschichte des Mandats gab es aber auch erfreulichere Episoden. So schenkte Fidel Castro 1964 dem Schweizer Botschafter Emil Stadelhofer, mit dem er regelmässig diskutierte, bei einem offiziellen Empfang das olivgrüne Bêret seiner Uniform.

Und dem Nahrungsmittelkonzern Nestlé wurde mit einer Vereinbarung von 1967 mit Zuckerlieferungen die Verstaatlichung seiner Betriebe auf Kuba während der Revolution abgegolten. Dies alles geht aus Unterlagen hervor, welche der Dienst «Die Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) am Mittwoch der Nachrichtenagentur sda zugänglich machte. | sda



Kuba. Seit 1962 versah die Schweiz in Havanna ein Schutzmandat. FOTO EPA